

Nr. 17/1011**Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen**

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1176)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 der Landesverfassung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 17/1012**Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung**

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 der Landesverfassung ein.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung:

Mitglieder	Stellvertreter/-innen
Ulrike Hiller (SPD)	Birgit Busch (SPD)
Marlies Marken (SPD)	Thomas Ehmke (SPD)
Björn Tschöpe (SPD)	Insa Peters-Rehwinkel (SPD)
Christian Weber (SPD)	Frank Schildt (SPD)
Dr. Matthias Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. Karin Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	Anja Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)
Sandra Ahrens (CDU)	Dieter Focke (CDU)
Bernd Ravens (CDU)	Dr. Rita Mohr-Lüllmann (CDU)
Thomas Röwekamp (CDU)	Heiko Strohmänn (CDU)
Peter Erlanson (DIE LINKE.)	Monique Troedel (DIE LINKE.)
Uwe Woltemath (FDP)	Dr. Oliver Möllenstädt (FDP)

Nr. 17/1013

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft, das Ausführungsgesetz zu Artikel 145 Abs. 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen, zur Änderung des Gesetzes zur Entschädigung der Mitglieder von Deputationen und zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1177)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 17/1014

Gehirndoping im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. Dezember 2009
(Drucksache 17/1116)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2010

(Drucksache 17/1136)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1015

Atomtransporte durch das Land Bremen verringern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 21. Januar 2010
(Drucksache 17/1133)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, unnötige Atomtransporte durch das Land Bremen zu verhindern.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen einer nationalen Strategie insbesondere für Atomtransporte von Brennelementen aus und in Richtung deutscher Atomkraftwerke eine angemessene Lastenverteilung auf die Bundesländer und Häfen erfolgt.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, zusammen mit Bund und Ländern zu prüfen, ob, und falls ja, in welcher Weise Routen nationaler wie internationaler Atomtransporte optimiert werden können, um möglichst kurze Transportwege sicherzustellen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, dass er sich bei den zuständigen Stellen des Bundes, der Länder und der EU dafür einsetzt, in einem abgestimmten Verfahren die Transportwege unverzichtbarer Transporte radioaktiven Materials zu optimieren.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich bei der Bundesregierung für eine größtmögliche Transparenz der veröffentlichten Angaben zu Atomtransporten bezüglich transportiertem Material, transportierten Mengen und der vorbeugenden Schutzmaßnahmen einzusetzen.

Nr. 17/1016

Atomtransporte durch Bremen, Bremerhaven und über bremische Häfen stoppen

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1155)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1017

Transporte radioaktiver Substanzen optimieren

Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1178)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1018

Lage und Entwicklung des Handwerks im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 1. Dezember 2009
(Drucksache 17/1087)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2010

(Drucksache 17/1150)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1019

Die Situation von Opfern von Zwangsprostitution und Menschenhandel verbessern

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 8. Dezember 2009
(Drucksache 17/1094)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1020

Die Lebenssituation der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution verbessern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1181)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Februar 2010

(Drucksache 17/1184)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, welchen aufenthaltsrechtlichen Status Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution sowohl aus EU-Mitgliedstaaten als auch aus Nicht-EU-Staaten, die sich im Land Bremen aufhalten, haben beziehungsweise erlangen können.
2. Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass möglichen Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution eine aufenthaltsrechtlich abgesicherte Denkzeit von mindestens einem Monat eingeräumt wird und ihre finanzielle Versorgung bedarfsgerecht sichergestellt wird sowie für ihre angemessene Unterbringung zu sorgen. Darüber hinaus wird der Senat beauftragt zu überprüfen, inwieweit die Wege für die Bereitstellung von Schutzwohnungen vereinfacht werden können und inwieweit eine professionelle psychosoziale Betreuung der Frauen gewährleistet werden kann.
3. Der Senat wird gebeten, über den Bundesrat eine einheitliche Rechtslage und Praxis in der Bundesrepublik zu initiieren.
4. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) den Umsetzungsstand und aktuellen Sachstand spätestens drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 17/1021

Armutsbekämpfung in Bremerhaven und in besonders betroffenen Stadtteilen in Bremen

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 26. Januar 2010
(Drucksache 17/1135)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1022

Armut bekämpfen – Arbeit schaffen – Chancen eröffnen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2010
(Drucksache 17/1171)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1023

Bremisches Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft (Bremisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz – BremUVollzG)

Mitteilung des Senats vom 1. September 2009
(Drucksache 17/914)
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE. und der FDP

vom 24. Februar 2010

(Drucksache 17/1187)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/1024

Bremisches Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft (Bremisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz – BremUVollzG)

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1157)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drucksache 17/914 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 17/1025

Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 28. Januar 2010
(Drucksache 17/1144)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 17/1026

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Interessen der Verbraucher/-innen in Gesetzgebungsverfahren stärken
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 26. Januar 2010
(Drucksache 17/1140)
2. Interessen der Verbraucher/-innen in Gesetzgebungsverfahren stärker berücksichtigen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1183)
3. Sofortiger Abschiebestopp!
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 1. Februar 2010
(Drucksache 17/1145)
4. Rechtsstaatlichkeit beim Erwerb von Passersatzpapieren garantieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1180)
5. Verbesserung der Lebensbedingungen und Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge im Bundesland Bremen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 1. Februar 2010
(Drucksache 17/1146)
6. Jugendliche Kriminelle nach Erwachsenenstrafrecht verurteilen!
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (parteilos)
vom 3. Februar 2010
(Drucksache 17/1153)

7. Gewalt gegen Polizeibeamte konsequent ahnden
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Februar 2009
(Drucksache 17/1154)
8. Gewalt gegen Polizeibeamte konsequent entgegenreten
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Februar 2010
(Drucksache 17/1186)
9. Rettungsschirm für kleine und mittlere Unternehmen – krisenbedingte Insolvenzen durch Landesbürgschaften abwenden!
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1156)
10. Steuerhinterziehung verhindern
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 18. Februar 2010
(Drucksache 17/1170)

